

# PHARMA BRIEF



## Rundbrief der BUKO Pharma-Kampagne

Nummer 8-9

Health Action International (D)

Oktober/November 1989

### KOKAINHANDEL MIT DEUTSCHER HILFE

Seit in Kolumbien der Drogenkrieg ausgebrochen ist, sorgt dieses Thema für Schlagzeilen in der bundesdeutschen Presse. Zwar wurde auch vorher bereits über Kolumbien, über die chaotischen politischen Verhältnisse dort mit Drogenmafia, Guerillas und Todeskommandos berichtet, doch war das Interesse in der breiten Öffentlichkeit gering - wer weiß schließlich nicht, daß es in lateinamerikanischen Staaten drunter und drüber geht.

Nun aber ist es konkreter: der kolumbianische Staat hat den Drogenkartellen, der zweiten Macht im Lande, den Krieg erklärt, nicht nur wegen der gehäuftten Morde an Politikern und Richtern, sondern auch wegen des massiven Drucks von Seiten der USA, kombiniert mit Hiltsangeboten. Jetzt werden Drogenhändler dorthin ausgeliefert und im Lande wird vermehrt gemordet.

Auch in der Bundesrepublik melden sich Politiker zu Wort, versprechen Unterstützung bei der Ausbildung von Polizisten und technische Hilfsmittel für die Drogenfahnder. Nicht ohne Grund, denn in der BRD nimmt das Kokainproblem zu. Wurden 1978 nur vier Kilogramm des Stoffs beschlagnahmt, so waren es 1988 bereits 496 Kilogramm. Die Bedeutung dieser Zahl wird erst dann richtig klar, wenn man die Rechenweise des Bundeskriminalamts kennt. Die Fachleute dort gehen davon aus, daß nur etwa 5-10% der eingeschmuggelten Gesamtmenge sichergestellt wird - also insgesamt ca. 5 Tonnen Kokain den deutschen Markt erreichen.(1) Damit nicht in der BRD ebenfalls "auf der Basis von Drogengewinnen kriminelle Wirtschaftsimperien entstehen"(2), wie Kanzler Kohl es befürchtet, wird auch dem Drogenhandel in der Bundesrepublik der "Kampf" angesagt. Eine geplante

Anderung des Betäubungsmittelgesetzes sieht vor, in Zukunft zusätzlich zu den Freiheitsstrafen hohe Geldstrafen zu verhängen, das Vermögen der Täter einzuziehen, die Geldwäsche zu unterbinden und die Gesetze für den Chemikalienexport zu verschärfen. Auch den Bauern die Kokapflanzen anbauen, soll geholfen werden. 8 Millionen DM stellt die BRD Kolumbien über die UNO für ein Ersatzanbauprojekt zur Verfügung.(3) Dies alles klingt nach gutem Willen und der Bereitschaft Einsatz gegen den Drogenhandel zu zeigen - doch gibt es einige Ungereimtheiten:

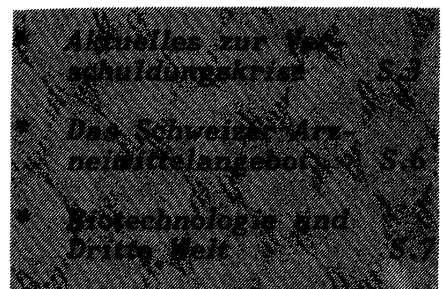
#### Denn ohne Chemie geht es nicht...

...Azeton und Ather z.B. sind zwei Stoffe, die für die Kokainproduktion unentbehrlich sind und die werden zu einem großen Teil aus der Bundesrepublik bezogen. Daran wird sich auch in Zukunft wenig ändern. Zwar sieht die Novellierung des Drogengesetzes vor, daß die Austuhr bestimmter Chemikalien künftig vorher bei den zuständigen Behörden anzu-melden ist, doch Azeton und Ather gehören nicht dazu. Die Begründung: Es seien industrielle Massenchemikalien, deren Austuhr nach Kolumbien im Hinblick auf den weltweiten freien Handelsverkehr nicht verboten würde.(4) - Ein verständliches Argument, ist doch die BRD nach den USA zweitgrößter Handelspartner Kolumbiens und will es bleiben.

Die beiden Hauptlieferanten von Chemikalien für die Kokainproduktion sind die bundesdeutschen Pharmakonzerne **Hoechst** und **Merck**. Die Verwendung der exportierten Chemikalien für die Kokainherstellung bestreiten natürlich die Vertreter beider Firmen, wenn auch der Sprecher von Merck Hans-Joachim Schmitt nicht leugnen kann, daß im letzten Jahr

ein Mitarbeiter Azeton an ein kolumbianisches Drogenlabor verkauft hat. Dieser sei aber nach den in Darmstadt vorliegenden Recherchen sofort entlassen worden - eine etwas sehr schwammige Formulierung.

Für die Firma Merck, deren Azeton wegen seiner Reinheit geschätzt wird, ist der lateinamerikanische Markt sehr bedeutsam. Hier erzielt sie 24% ihres Umsatzes. Für sie gilt vermutlich das gleiche, was ein Mitarbeiter von Hoechst als Begründung für die Lieferung von Essigsäureanhydrid angab - es öffne Türen - wichtig in einem Land, in dem ein großer Teil der Politik von einer Drogenmafia beherrscht wird.(5)



Die Exportrichtlinien für Chemikalien werden selbst in der CDU als zu liberal angesehen. Dennoch ist in dem neuen Betäubungsmittelgesetz nur eine Kontrolle jener Stoffe vorgesehen die sowiesonach dem neuen Drogenübereinkommen der Vereinten Nationen einer gesetzlichen Ausfuhranmeldung unterliegen sollen. Im wesentlichen handelt es sich dabei um chemische Vorstufen von LSD und Amphetamin (einem Aufputzmittel). Allerdings soll in Zukunft

Fortsetzung auf S.2

## Kokainhandel mit deutscher Hilfe

Fortsetzung von S.1

bestraft werden wer Azeton und Äther "besitzt, herstellt, befördert oder verteilt, obwohl er weiß, daß diese Stoffe zur illegalen Betäubungsmittelherstellung verwendet werden sollen"(6), doch diese Zusammenhänge sind schwer zu beweisen. Das zeigen auch die Praktiken der Firmer Hoechst, wie sie aus Pakistan bekannt sind: Dort wurde die Zweigniederlassung aufgefordert, das zur Heroinherstellung notwendige Essigsäureanhydrid nur noch in neutralen Kanistern ohne Firmenbezeichnung auszuliefern, so daß die Herkunft nicht mehr rekonstruiert werden kann. Diese Praxis ist auch für die Chemikalien Azeton und Äther vorstellbar.

Zweifel an den verkündeten Absichten bundesdeutscher Politiker sind angebracht!(AL)

### Anmerkungen

(1) Die Zeit vom 22.-26.5.89; (2) Süddeutsche Zeitung vom 25.10.89; (3) Süddeutsche Zeitung vom 7.9.89; (4) Drucksache 11/5353 des Deutschen Bundestages; (5) "Plus-Minus" Fernsehbeitrag vom 20.10.89; (6) Robert Hartog, Hermann Schulte Sasse: Deutsche Pharmaindustrie in Lateinamerika (unveröffentlichtes Manuskript).

## DERMAN

### Pressespiegel gesundheitsspezifischer Artikel aus türkischen Tageszeitungen

Seit Juni 1988 werden an der Uni Essen im Rahmen eines ABM-Projektes gesundheitsspezifische Artikel aus türkischen Tageszeitungen gesammelt und übersetzt. Alle 2 Monate wird eine Auswahl der Artikel in einem Info-Dienst erscheinen. 1989 sind bisher zwei Hefte mit den Schwerpunkten Thema Arzneimittel und Gesundheitswesen in der Türkei erschienen. Der Artikeldienst kann kostenlos bestellt werden: Universität Essen  
Fachbereich 3  
z.Hd. Dr. Neumann  
Universitätsstr. 12  
4300 Essen



aus: CUMHURİYET, 6.9.88

## „Bei Bayer Repression statt Lohn“

### Franziskaner: Streiks in Südamerika mit Rechtsbruch begegnet

FR vom 8.11.1989

BONN, 7. November (dpa/KNA). Der Leverkusener Chemiekonzern Bayer behindert bei lateinamerikanischen Tochterunternehmen massiv die Gewerkschaftsarbeit. Diesen Vorwurf erhoben am Dienstag in Bonn die Missionszentrale der Franziskaner, die Gruppe „Coordination gegen Bayer-Gefahren“ und Willi Hoß, Bundestagsabgeordneter der Grünen. Bayer habe allein in Brasilien 115 Gewerkschafter rechtswidrig entlassen.

Die Bayer-Töchter „Bayer do Brasil“ und „Bayer-Industrial, Lima, Peru“ hätten „relativ bescheidene und angemessene Forderungen nach einem Inflationsausgleich“ mit starken Repressalien, dem Einsatz von Militärpolizei und zahlreichen Entlassungen beantwortet, sagte Bruno Kern von der Missionszentrale der Franziskaner. Hoß sagte, Bayer hinke bei Arbeitnehmerrechten anderen multinationalen Unternehmen weit hinterher.

„Gegen jedes Recht und Gesetz“ habe die Werksleitung bei dem Versuch, im

brasilianischen Bayer-Werk Belford Roxo einen Streik zu zerschlagen, sieben Mitglieder einer Gewerkschaftsleitung verhaftet lassen; nach Streik-Ende habe eine Entlassungswelle begonnen, von der auch acht Mitglieder der Gewerkschaftsleitung betroffen gewesen seien, obwohl sie „eigentlich Kündigungsschutz genießen“ würden, sagten die Sprecher. Derzeit verteile die Werksleitung an die Arbeiter „Blanko-Austrittserklärungen aus der Gewerkschaft“. Folge der „Repressionswelle“ sei eine Häufung schwerer Arbeitsunfälle, die einerseits auf psychologischen Druck und andererseits darauf zurückzuführen seien, daß entlassene Facharbeiter „in sensiblen Sicherheitsbereichen“ durch Arbeiter ohne entsprechende Ausbildung ersetzt worden seien.

Die Bayer AG wies die Vorwürfe als „haltlos“ zurück. 64 Streikende seien entlassen worden, weil sie für die Sicherheit der Anlagen erforderlichen Mitarbeitern den Zutritt zum Betrieb verwehrt hätten.

## Aufruf: Solidarität mit den KollegInnen in Brasilien und Peru

Die UnterzeichnerInnen erklären sich mit den von BAYER in Brasilien und Peru entlassenen bzw. von der Entlassung und anderen Sanktionen bedrohten KollegInnen solidarisch!

Sie fordern vom Vorstand des Konzerns in Leverkusen, namentlich von dessen Vorsitzenden, H. J. Strenger (Kaiser-Wilhelm-Allee, 5090 Leverkusen),

-die Entlassenen unverzüglich wieder einzustellen und bis dahin erlittene finanzielle Einbußen durch Lohnfortzahlung auszugleichen,

-keine weiteren KollegInnen zu entlassen, sowie

-die von den brasilianischen und peruanischen Gewerkschaften geforderten Lohnanpassungen an die Inflationsrate in voller Höhe zu gewähren.

Vom Hauptvorstand der IG-Chemie, namentlich von dessen Vorsitzenden Herrn H. Rappe, (Postfach 3047, 300 Hannover 1) erwarten wir, daß er den leeren Worten Taten folgen läßt. Der IG-Chemie-Hauptvorstand möge sich öffentlich mit den berechtigten Forderungen der Schwesterorganisationen in Brasilien und Peru solidarisieren, um so einerseits Druck auf die Konzernspitze auszuüben und andererseits dadurch den KollegInnen den Rücken zu stärken.

Darüberhinaus erwarten wir eine der Finanzkraft der deutschen Gewerkschaft angemessene finanzielle Unterstützung der mittellos dastehenden Entlassenen.

### Coupon:

- Ich unterstütze die Forderungen an Strenger/Rappe
- Ich möchte 100 Flugblätter mit Unterschriftenlisten zum Weiterverteilen (DM 5,- in Briefmarken liegen bei)

### Abender:

Datum / Unterschrift:

Coupon zur Weiterleitung an Strenger/Rappe bitte an:  
„Coordination gegen BAYER-Gefahren“  
Achim Schmotlach  
Hofstr. 27a  
5850 Solingen 11  
Persönlich formulierte Protestnoten an Strenger/Rappe können an o. a. Adressen geschickt werden; Kopie bitte an die „Coordination“.  
Spenden an die KollegInnen in Brasilien/Peru

Ökobank, Frankfurt, A. Köhler-Schnura/Lateinamerika-Solidarität, BLZ 500 901 00, Kto. Nr.: 179590

# Aktuelles zur Verschuldungskrise

## Umschuldungsverhandlungen zum Schutze der Umwelt und der Armen?

Im Juni letzten Jahres berichtete der Pharma-Brief über die Auswirkungen der Verschuldungskrise auf die Gesundheitssituation in der Dritten Welt allgemein. Für den nächsten Pharma-Brief planen wir einen Artikel über "Wirtschaftskrise und Gesundheit in PERU". Als Hintergrund möchten wir hier einige neuere "Lösungsansätze" der Schuldenkrise vorstellen, wie sie mittlerweile sogar von Geschäftsbanken und Internationalen Organisationen diskutiert werden.

Im September 1988 berichteten die Medien weltweit über Großdemonstrationen und Gegenkongresse anlässlich der Jahrestagung von IWF und Weltbank in Berlin. Das Aktionsbündnis, an dem der BUKO maßgeblich beteiligt war, forderte "Die Schulden streichen" und lehnte die Praktiken von IWF, Weltbank, den Regierungen der Gläubigerländer und den privaten Geschäftsbanken einhellig ab. Dieser Neokolonialismus erfordere massiven Widerstand im Sinne eines "neuen" Internationalismus und Antiimperialismus.

Ein Jahr später konnten IWF und Weltbank wieder ein ruhiges Heimspiel in Washington absolvieren. Dennoch gelangten die Vertreter dieser Institutionen zu der Erkenntnis, daß ohne einen (teilweisen) Forderungsverzicht der Banken eine Lösung der Schuldenkrise unmöglich sei. "Mit dem Brady-Plan wurde dieses Tabu nicht nur gebrochen, sondern es zeigt sich jetzt in dem Mexiko-Modell, daß teilweise Schuldenstreichung als notwendig und möglich erachtet wird." (1) Können die Armen der 3. Welt nun aufatmen? Werden ihre Regierungen wieder mehr Geld für Gesundheit und Erziehung ausgeben können?

Auf die Ursachen der Verschuldung kann hier nicht näher eingegangen werden (2), doch mögen die folgenden Schaubilder die gegenwärtige Krise verdeutlichen.

1988 sind die gesamten Außen-schulden der Entwicklungsländer auf ca. 1320 Milliarden Dollar angestiegen, obwohl seit 1982 Milliarden Dollar von den armen Ländern als Schuldendienst aufgebracht wurden. 1989 sollen die Gesamtschulden erstmals geringfügig auf ca. 1300 Milliarden Dollar zurückgehen. Seit 1983 floß jedes Jahr erheblich mehr Geld von Süd nach Nord als umgekehrt. Die Neukredite der Banken wurden zumeist gleich auf einem anderen Konto als Schuldendienst gutgeschrieben.

Unter dem Druck der IWF-Anpassungsprogramme mußten die Länder ihre Exporte drastisch steigern, um überhaupt die Schulden bedienen zu können. Da aber fast alle Entwicklungsländer immer noch hauptsächlich landwirtschaftliche und mineralische Rohstoffe exportieren, machten sich diese Länder auf dem Weltmarkt gegenseitig Konkurrenz. Das Angebot stieg stark, doch die Rohstoffpreise sanken in den Keller, so daß die Exporterlöse sich nur unwesentlich steigern ließen.

Angesichts dieser aussichtslosen Situation wird mittlerweile auch von Bankern und Politikern zugegeben, daß sich die Schuldnerländer nicht in kurzfristigen Zahlungsschwierigkeiten befinden, sondern dauerhaft zahlungsunfähig sind. Auch wenn das Interesse an der Dritten Welt hauptsächlich die

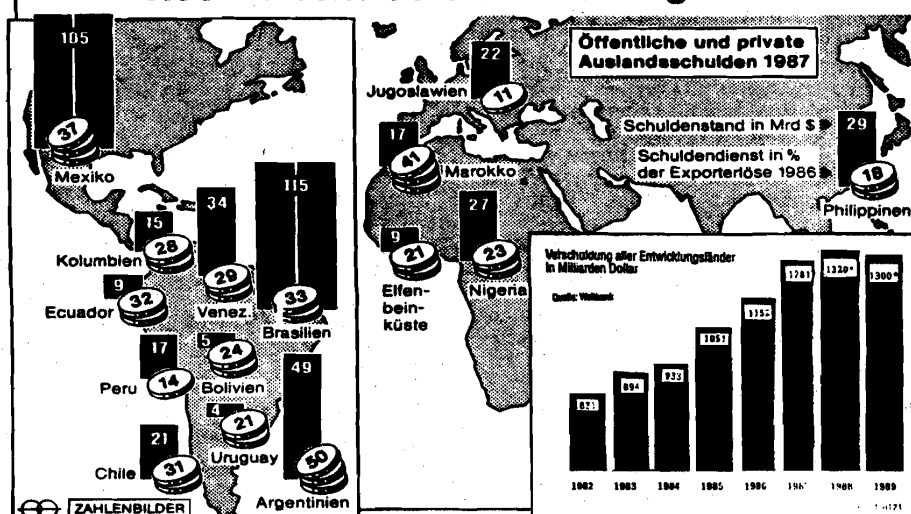
Sicherung ihrer weiteren Ausbeutbarkeit umfaßt, wie man wohl dem amerikanischen Finanzminister Brady und dem Chef der Deutschen Bank Alfred Herrhausen nicht ohne Unrecht unterstellen darf, ist bei einer weiteren Ausblutung der Wirtschaft der Dritten Welt dort bald nicht mehr allzu viel zu holen. Der südliche Nachbar der USA - Mexiko - ist eines der am höchsten verschuldeten Länder. Da die USA an der Erhaltung der politischen Stabilität eines ihrer wichtigen Handelspartner besonders interessiert sind, setzte der amerikanische Finanzminister Brady die privaten Geschäftsbanken so unter Druck, daß sie kurz vor der diesjährigen Tagung von IWF und Weltbank einem Plan zur Verringerung der Auslandsschulden Mexikos zustimmten. Es geht dabei um die Umschuldung von 53 Milliarden Dollar, etwa der Hälfte der mexikanischen Schulden.

Jede Gläubigerbank kann zwischen drei Optionen wählen - dem Schuldennachlaß um 35 % - dem Zinsnachlaß oder der Gewährung von neuen Krediten. Die 3. Option hätte allerdings keine Schuldenreduzierung zur Folge, sondern würde die Schuldenlast nur langfristiger verteilen.

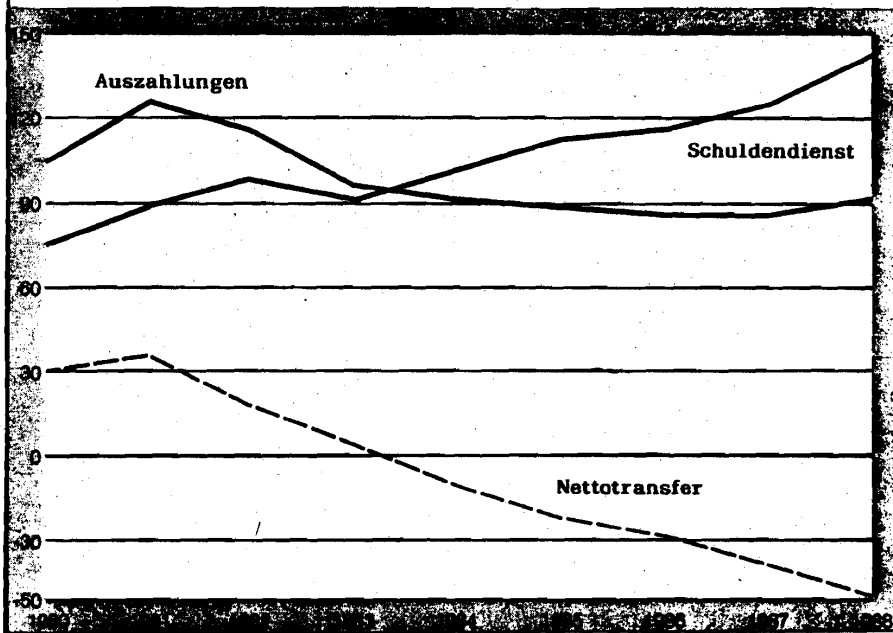
Mexiko, das "Musterschuldnerland" der vergangenen Jahre dürfte mit einer Schulden- und Zinsreduzierung den Hauch einer Chance haben, seine wirtschaftlichen Probleme zu lösen. Doch nach einer Studie der Deutschen Bank sind alle Länder, deren Schulden mehr als das zweifache ihres jährlichen Exportvolumens beträgt, praktisch pleite. Bei 21 von 50 untersuchten hochverschuldeten Ländern ist dieses bereits der Fall. Auch die Deutsche Bank meint, "daß insolventen Ländern nur durch einen Schuldenabbau geholfen werden kann." Die Einsicht - daß die Lösung der Schuldenkrise von der Gläubigerseite her kommen muß - ist da, und beherrscht auch die Diskussionen auf der Weltwährungstagung im September. Die Diskussionen in Washington ergaben aber wenig konkrete Handlungsperspektiven. "Private und öffentliche Gläubiger schoben sich gegenseitig die Verantwortung zu, nichts hat sich bewegt." (3)

Neu ist das öffentliche Eingeständnis kapitalistischer Institutionen, daß massive Schuldenreduktionen notwendig sind; schon länger praktiziert werden jedoch diverse Umschuldungsverfahren. Schuldentitel nicht zahlungskräftiger Entwicklungsländer werden auf einem second-hand-Markt für Schuldverschreibungen für 5 - 50 % des Nennwertes gehandelt - je nach Kreditwürdigkeit des Schuldnerlandes.

### Hochverschuldete Entwicklungsländer



## Nettokapitaltransfer von Süd nach Nord in Mrd. US-\$



Seit 1983 fließt mehr Kapital von Süd nach Nord als umgekehrt. Für die Dritte Welt bedeutet dies: immer weniger Mittel für Gesundheit, Bildung, Landwirtschaft und Ernährung. Quelle: Weltbank 1989

Dieser "Gebrauchtkreditmarkt" ist die Grundlage für den *debt to equity swap* (Schuldentausch gegen Beteiligungen). Ausländische Kapitalbesitzer bzw. Konzerne kaufen Schuldtitel zu einem reduzierten Preis in harten Devisen auf und lassen sich von der Regierung des Landes diese Titel in Landeswährung - allerdings zum ursprünglichen Nennwert auszahlen, um es zu investieren oder erwerben dafür Industriebeteiligungen. Neben der Tatsache, daß ausländisches Kapital so Fabriken, Ländereien und Immobilien zu einem Spottpreis erwerben kann, der Ausverkauf des Landes somit programmiert ist, heizt dieses Verfahren auch die einheimische Inflation an, da es natürlich für die Regierungen sehr verführerisch ist, die Schulden mit der Notenpresse zu bedienen. Zudem sind die Auslandsschulden durch die hohen Zinsen auf derartige Höhen gestiegen, daß

### Wer sind IWF und Weltbank

Der Internationale Währungsfond und die Weltbank wurden nach einer Konferenz der Vereinten Nationen im Jahre 1944 gegründet um dem Welthandel eine neue stabilere Basis zu geben. Etwa 150 Länder gehören inzwischen dem IWF an, doch die Politik wird durch die kapitalistischen Industrieländer bestimmt. Die USA und die EG verfügen zusammen über die Hälfte aller Stimmen.

Der besondere Einfluß des IWF besteht darin, daß Ländern, die seinen Auflagen nicht nachkommen, auch von Geschäftsbanken keine Kredite mehr bewilligt werden.

Während der IWF sozusagen als Feuerwehr die Zahlungsfähigkeit der Länder kurzfristig wiederherstellen soll, hat die Weltbank die Aufgabe, langfristige Entwicklungsprojekte der Entwicklungsländer zu finanzieren. Diese verstärken die Einbindung in den Weltmarkt, sichern somit u.a. die Exportmöglichkeiten der Industrieländer. Neben den monetären Anpassungsprogrammen des IWF entwirft die Weltbank seit Anfang der 80er Jahre detaillierte Anpassungsprogramme für Länder, die zinsgünstige Kredite beantragen.

### Sekundärmarkt-Preise für Auslandsschulden von Entwicklungsländern (In Prozent des ursprünglichen Wertes)

	Juni 1986	Sep. 1987
Argentinien	64	37
Bolivien	6	9
Brasilien	75	39
Chile	66	58
Ecuador	64	33
Elfenbeinküste	74	60
Jugoslawien	78	60
Mexiko	60	47
Nigeria	55	25
Philippinen	59	59
Türkei	98	97
Venezuela	76	53

(Weltbank, World Dept Tables, 1988)

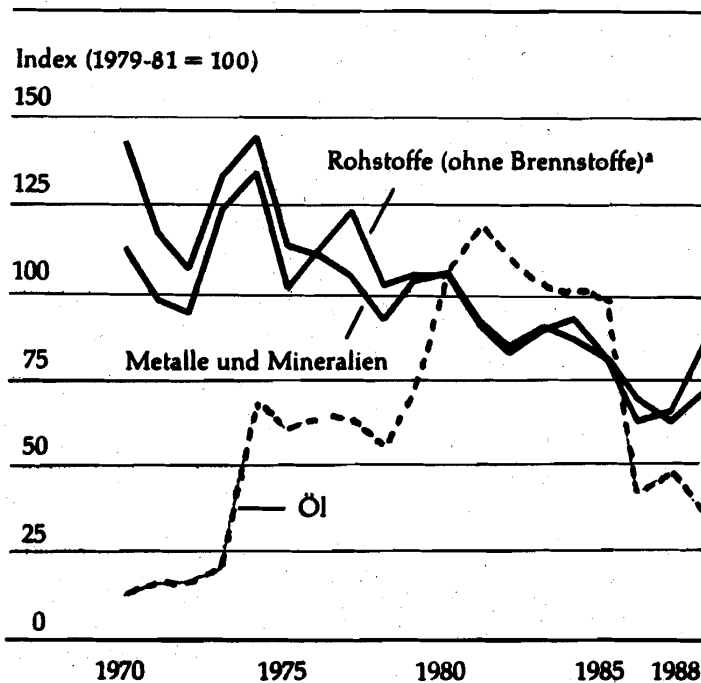
nur der Ausverkauf des gesamten Landes zu einer merklichen Reduzierung der Schulden führen könnte.

1984 wurde von Us-amerikanischen Naturschutzorganisationen eine weitere Variante ins Spiel gebracht: *debt for nature swaps* (Schuldentausch gegen Naturschutzleistungen). In diesen Fällen kaufen Naturschutzorganisationen Schuldtitel armer Entwicklungsländer auf oder lassen sich diese von Banken sogar unentgeltlich überschreiben. Von den Regierungen werden diese Titel in einheimische Währung umgetauscht und dafür Nationalparks eingerichtet. Abgeschlossen wurden bisher Verträge mit Bolivien und Costa Rica. Diese Tauschgeschäfte werden von vielen Naturschutzorganisationen insbesondere aus den USA als Ausweg aus der Schuldenkrise und als Rettung für den Regenwald gepriesen. Bislang lehnen BUND und Deutscher Naturschutzring diese Abkommen ab: "Diese Dept-for-Nature-Abkommen ändern nichts an den grundlegenden ökonomischen Faktoren, die zur Umweltzerstörung führten. Naturschutzparks in Entwicklungsländern, die über solche Dept-for-Nature-Abkommen ermöglicht werden, kompensieren nicht die alltäglichen Umweltschäden, die z.B. allein durch die exportorientierten Monokulturen in der Landwirtschaft der Entwicklungsländer angerichtet werden. ... Wir sehen, daß sich die Schuldnerländer durch eine derartige Konditionalität bevormundet fühlen und dies als ökologischen Imperialismus ablehnen(...). Aus diesen (...) Erwägungen, (...) lehnen BUND und der Deutsche Naturschutzring Dept-for-Nature-Abkommen ab. (A.Zahrnt (BUND) auf dem Kongreß gegen IWF und Weltbank, 1988 in Berlin).(4)

### Die Schulden streichen und was dann?

Das Zusammentreffen von steigenden Zinsen und fallenden Rohstoffpreisen haben in den 80er Jahren sicher das Ausmaß der Schuldenkrise bewirkt. Verantwortlich ist jedoch das technokratische Entwicklungsmodell, das mit Hilfe ausländischen Kapitals internes Wachstum fördern und die Kosten mit steigenden Exporterlösen bezahlen sollte. Dieses dürfte als gescheitert gelten. Leider sind auch alternative Entwicklungsmodelle staatssozialistischen Typs bzw. der Versuch vom Weltmarkt unabhängige Strategien zu verfolgen, weitgehend gescheitert. Mozambique und Tanzania mußten mit dem IWF verhandeln, Nicaragua verfolgt marktwirtschaftliche Anpassungsprogramme und selbst die Staaten des Ostblock, einschließlich Sowjetunion diskutieren die Wiedereinführung von Marktmechanismen. Während Banken und IWF die Notwendigkeit von Schul-

## Reale Rohstoffpreise, 1970 bis 1988



Anmerkung: Reale Preise sind Jahresdurchschnittspreise in Dollar, deflationiert mit den jährlichen Veränderungen des Index der Durchschnittswerte für Industrieprodukte; dies ist ein Preisindikator für die Exporte der Industrieländer in die Entwicklungsländer.

a. Basiert auf einem Korb von dreiunddreißig Rohstoffen

dennachlassen wenigstens prinzipiell anerkennen, diskutiert die entwicklungspolitische kritische Öffentlichkeit die Frage der Reformierbarkeit von IWF und Weltbank bzw. die Notwendigkeit alternativer Strukturanpassungsprogramme. (5)

Einig ist man sich darüber, daß die Schulden gestrichen werden müssen. Diese Forderung ist moralisch unbedingt gerechtfertigt, da die Höhe des Schulden den Bedingungen des kapitalistischen Weltmarktes zuzuschreiben ist, und es unmöglich ist die Schulden zurückzuzahlen. Doch änderte auch eine Schuldenstreichung nichts an den Strukturen, die diese Schulden hervorgebracht haben. Da eine radikale Veränderung der Welthandelsstrukturen und damit der Ausbeutung des Südens durch den Norden nicht in Sicht ist, betonen auch kritische Entwicklungspolitiker heute wieder "daß die immensen Probleme vieler Entwicklungsländer - sinkendes Pro-Kopf-Einkommen, verbreitetes Massenelend, Hyperinflation, Korruption - nur zum Teil Resultat externer Faktoren sind. Zu einem wesentlichen Teil sind diese Probleme hausgemacht." (6) Demzufolge wären Strukturanpassungsprogramme notwendig und die Maßnahmen

von IWF und Weltbank wären nicht per se abzulehnen, sondern im einzelnen zu kritisieren und konkrete Forderungen aufzustellen, um die negativen Auswirkungen auf arme Bevölkerungsschichten in der 3. Welt abzumildern. Fraglich bleibt, ob eine "Anpassung mit menschlichem Gesicht", wie sie u.a. von UNICEF propagiert wird, ohne grundlegende Änderungen des Welthandelssystems spürbare Erfolge haben kann.

**Gib einem Menschen einen Fisch, und er wird sich einmal satt essen können. Lehre ihn fischen und er wird sich ein ganzes Leben lang ernähren können.**

Dieses chinesische Sprichwort, eine Art entwicklungspolitisches Credo ist angesichts der heutigen Situation unrealistisch geworden: Was nützt dem Menschen das Wissen, wie er Fische fangen kann, wenn ihm die Angelrute weggenommen wird, noch bevor er zum Fischen kommt; wenn ihm der Fisch weggenommen wird, bevor er ihn essen kann, oder, wenn ihm schon gar nicht zu fischen erlaubt ist? (7)

## ... und die Gesundheit?

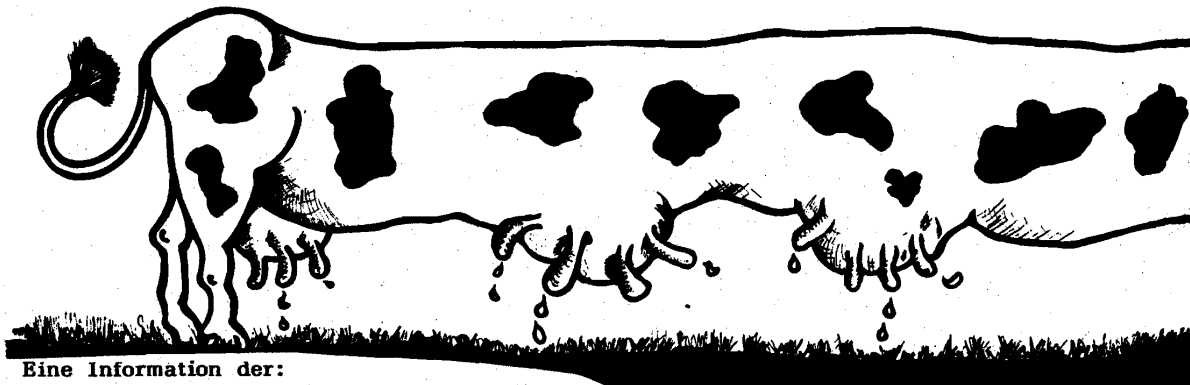
Allen LeserInnen des Pharma-Briefes dürfte bekannt sein, daß die typischen Krankheiten in der 3. Welt überwiegend eine direkte Folge der Armut sind: d.h. von Hunger und Mangelernährung, verschmutztem Trinkwasser, fehlenden sanitären Einrichtungen etc.. Nach Zahlen der UNICEF fallen jährlich 1 Million Kinder

der Verschuldungskrise zum Opfer - zusätzlich zu den 14 - 15 Millionen Kindern, die jährlich aufgrund der sog. Krankheiten der Armut sterben. Als eines von vielen Beispielen soll hier Madagaskar erwähnt werden:

Unter der Aufsicht von IWF und Weltbank führt die madegassische Regierung seit 1981 ein Strukturanpassungsprogramm durch. Mit gutem Erfolg, wie der ehemals sozialistischen Regierung vom IWF bescheinigt wird. Die Folgen: Das Budget des Gesundheitsministeriums beispielsweise mußte um die Hälfte gekürzt werden. Der Rest wird zu 70 % allein von den Löhnen des Krankenpflegepersonals aufgebracht. Das Einkommen der privaten Haushalte ist seit 1971 real auf die Hälfte geschrumpft. Das aber bedeutet Unterernährung für einen großen Teil der Bevölkerung, demzufolge auch die Kindersterblichkeit angestiegen ist. Laut einem Report von UNICEF "sind mittlerweile 85% aller in den Spitälern der Hauptstadt Antananarivo verzeichneten Todesfälle von Kindern auf Unterernährung zurückzuführen. Landesweit sollen gut 30% aller Kinder im Alter von 2 Jahren Untergewicht haben." (8) Diese Unter- oder Fehlernährung von Kleinkindern kann später nicht mehr wettgemacht werden, da die ersten Lebensjahre für das Gehirnwachstum entscheidend sind.

Obwohl eine der positiven Auswirkungen der Anpassungsprogramme die Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise und damit die Ankurbelung der Nahrungsmittelproduktion betrifft, ist auch die Lage vieler Bauernfamilien erbärmlich. "Kinder mit aufgeschwollenen Hungerbäuchen und rötlich verfärbten Haaren, beides Zeichen schwerer Mangelernährung, sind häufig anzutreffen." (8) Zudem wird Madagaskar z.Zt. von einer schweren Malariaepidemie geplagt. Die schon fast ausgerottet geglaubten Malariaemücken verbreiten sich seit einigen Jahren wieder, da die Prophylaxemaßnahmen vernachlässigt worden waren. Heute hat die Regierung kein Geld, um genügend Medikamente zu importieren. Die Krankheit hat in den letzten Jahren wieder Zehntausende von Todesopfern, davon viele Kinder gefordert.

**...Lieber mit oder ohne...>>>** **...Hormone produziert!**



Eine Information der: Regenbogenfraktion im Europäischen Parlament

Die Schweiz ist nach der BRD und den USA der drittgrößte Pharmaexporteur der Welt. Kein Wunder, denn will ein Schweizer Pharma-Unternehmen Medikamente in die Dritte Welt exportieren, so kann es dies tun und zwar ohne jede Einschränkung. Wohl gibt es die Möglichkeit, das entsprechende Produkt für den Export registrieren zu lassen und damit den selben strengen Kriterien zu unterwerfen, die für den Schweizer Markt gelten, doch geschieht dies freiwillig.

Die Konsequenzen dieser unkontrollierten Ausfuhr für die Länder der dritten Welt untersuchte der Arzt Robert Hartog in einer Studie, die mit dem Titel "Das Schweizer Arzneimittelangebot in der Dritten Welt" im September dieses Jahres in Zürich veröffentlicht wurde. Erfasst wurden 1084 Medikamente, die Schweizer Firmen in 51 Länder der Dritten Welt exportierten.

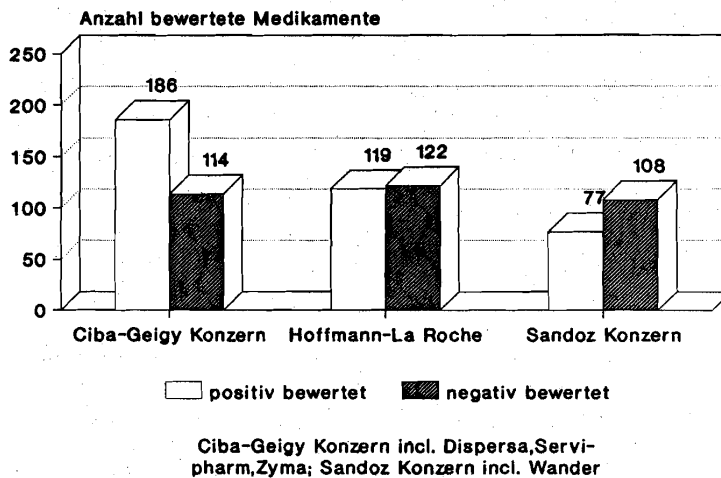
Es zeigte sich, daß die nicht registrierten Medikamente gegen jenen mit einer Schweizer- oder einer Exportregistrierung im Durchschnitt von deutlich niedriger Qualität waren. Nur 17% der Mittel gehörten zu den von der WHO als unentbehrlich empfohlenen Arzneimitteln. Die restlichen 83% können weitgehend als überflüssig angesehen werden - eine skandalöse Verschwendung.

Nur 52% der untersuchten Medikamente wurden als nützlich eingeschätzt, die restlichen 48% hingegen negativ bewertet. Kriterien für die Beurteilung waren:

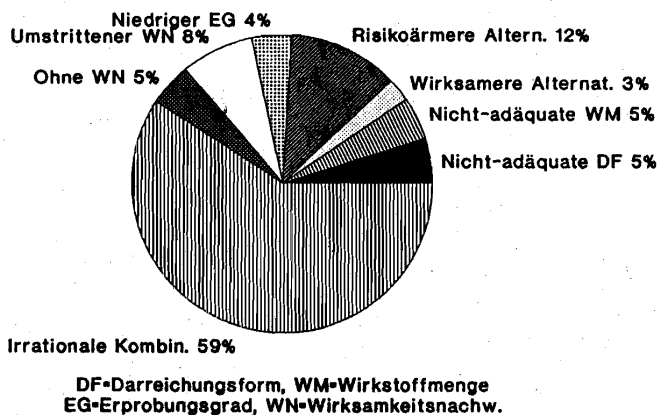
- die nicht adäquate Darreichungsform
- die unsinnige Wirkstoffmenge
- die schwerwiegenden Risiken
- der niedrige Erprobungsgrad
- ein umstrittener Wirksamkeitsnachweis
- das Vorhandensein deutlich besserer Alternativen

## Export-Paradies Schweiz

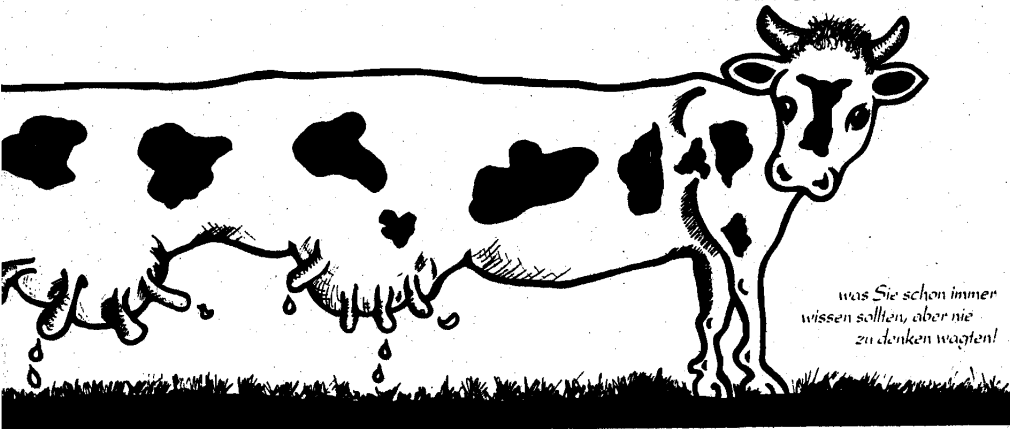
### Angebot der 3 grossen Pharma-Konzerne Pharmakologische Bewertung



### Gründe für negative Bewertungen 515 negativ bewertete +CH-Präparate

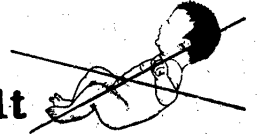


## Mögen Sie «...Milch



was Sie schon immer  
wissen sollten, aber nie  
zu denken wagten!

## Biotechnologie und Dritte Welt



- oder aber es handelte sich um irrationale Wirkstoffkombinationen.

Letzteres war bei 84% der Kombinationspräparate der Fall. Interessant auch, daß die Zusammensetzung einiger Präparate von Land zu Land unterschiedlich war. Eine Bestätigung für jene Pharmakritiker, die schon lange argwöhnen, daß Mischungsverhältnis und Wirksamkeit von Kombinationspräparaten häufig in keinem sinnvollen Zusammenhang stehen.

Auch die Produktinformationen, die sogenannten "Waschzettel", weisen zum Teil länderspezifische Unterschiede auf. Valium, in der Schweiz und der Bundesrepublik als Beruhigungsmittel und Muskelrelaxans (Entkrampfungsmittel) auf dem Markt, soll in Kolumbien außerdem bei Beschwerden während der Menstruation und den Wechseljahren helfen, in Brasilien auch bei Delirium tremens und Migräne. Fehlen tut hingegen der Hinweis darauf, daß es abhängig machen kann.

In der Studie findet sich weiter eine ausführliche Bewertung von Medikamenten für 14 unterschiedliche Anwendungsbereiche, etwa für den Verdauungstrakt, Herz- und Kreislaufkrankungen usw.

Über die Exportpraktiken der bundesdeutschen Pharmaindustrie wird demnächst eine ähnliche Studie von Hermann Schulte-Sasse und Robert Hartog erscheinen. (AL)

Robert Hartog: Das Schweizer Arzneimittelangebot in der Dritten Welt. Bestandsaufnahme und pharmakologische Bewertung. Hrsg.: Erklärung von Bern. Zürich 1989. 50 S., Fr. 14.-.

Die Studie kann bestellt werden bei: Erklärung von Bern, Postfach 177, CH-8031 Zürich

Die Biotechnologie gilt als die Schlüsseltechnik des kommenden Jahrhunderts. Ihr modernster und umstrittenster Zweig - die Gentechnologie - konnte erstmals 1978 Bakterien menschliches Insulin erzeugen lassen. Noch sind die Folgen für Mensch und Umwelt unabschätzbar. Doch zweifelhaft ist, ob es mit der Gentechnologie - wie es ihre Bewunderer propagieren - gelingen wird, Hunger und Krankheiten in der 3. Welt zu beseitigen.

Mit diesen Fragen beschäftigten sich die BUKO-Kampagnen auf einem Seminar **Biotechnologie und Dritte Welt** vom 3.-5. November. In einem alternativen Tagungshaus am Rande des herbstlichen Teutoburger Waldes trafen sich 15 unentwegte Mitarbeiter der BUKO-Kampagnen bei vegetarischem Essen und versuchten, einige der Zukunftsprobleme der Menschheit - wenn auch nicht zu lösen - so doch umfassend zu diskutieren. Am ersten Abend malten wir uns die Prognosen einer auf 12 bis 20 Milliarden Menschen angewachsenen Weltbevölkerung aus: sei es da nicht notwendig, alle Techniken zu nutzen, also auch die Gentechnologie um diese Massen satt zu bekommen. Doch auch heute schon, wurde entgegnet, werden doch 500 Kilo Getreide im Jahr pro Person produziert und trotzdem leiden Millionen an Hunger. Haben Sie schon einmal versucht, 1,37 Kilo Getreide am Tag aufzuessen? Nun unsere Rinder helfen uns eben kräftig dabei. Wenn in Zukunft - dank Biotechnologie - noch mehr Rohstoffe auf unseren Feldern nachwachsen können, muß auch gar nicht mehr so viel Getreide angebaut werden. Stattdessen wird jedoch immer genug Treibstoff da sein, natürlich nur für die, die auch über kaufkräftige Nachfrage verfügen.

Zur Kenntnis nahmen wir auch, daß bundesdeutsche und US-amerikanische Wehrforschung führend im Bereich der gentechnischen Forschung sind. Um biologische Waffen herzustellen? Aber nein! 1972 wurde auf Betreiben der USA ein internationales Abkommen geschlossen und ratifiziert, daß die Herstellung und Lagerung biologischer Waffen untersagt. Nur um etwaigen Angriffen potentieller Gegner nicht hilflos ausgeliefert zu sein, werden neue biologische Waffen in kleinen Mengen hergestellt und Gegengifte und Impfstoffe entwickelt.

Auch die Reproduktionsmedizin kann immense Fortschritte aufweisen. Dank In vitro-Fertilisation (IVF = Befruchtung im Reagenzglas) versuchen indigene Forscher, einen

Impfstoff gegen Schwangerschaft zu entwickeln. Außerst praktisch für engagierte Bevölkerungspolitiker. Bei großangelegten Impfkampagnen könnten Frauen gleich mit gegen Schwangerschaft immunisiert werden.

Noch ist die Gentechnologie in Europa wenig akzeptiert. "Die immer professioneller organisierten Bürgerproteste" (Wirtschaftswoche vom 20. 10.89) machen eine reibungslose Einführung gentechnischer Produktion unwahrscheinlich. Besonders Freisetzungsexperimente gentechnisch veränderter Pflanzenkulturen konnten hierzu-lande noch verhindert werden. Aber wie sagte doch Hubert Markel, Präsident der DFG: "Jede Geburt eines Menschen ist ein genetisches Freisetzungsexperiment." Und jedes Baby damit in nächster Zukunft patentgeschützt? Bislang war die Patentierung natürlich vorkommender Stoffe oder Lebewesen nicht möglich. Jedoch auch das will die Industrie ändern. In den USA gibt es bereits ein Patent auf die sog. Krebsmaus. Ihre Gene wurden so verändert, daß die Maus besonders anfällig für Krebserkrankungen ist.

Uns scheint die Patentierung einen gangbaren, ethisch unbedenklichen Weg zur Lösung des Bevölkerungswachstums zu versprechen. Könnten doch die männlichen Spermien patentiert werden, wodurch eine Befruchtung nur noch nach Zahlen von Lizenzgebühr möglich wäre.

Alles unklar? Wer weitere Fragen haben sollte, möge den Bericht über dieses Seminar abwarten. Dort werden alle Referate abgedruckt und die Diskussion dokumentiert. Dieser Bericht erscheint als Dossier der BUKO - Agrarkoordination im Dezember 1989. Für 5,00 DM zu bestellen bei: BUKO Agrarkoordination, Nernstweg 32 -34, 2000 Hamburg 50

Fortsetzung von Seite 5

Selbst die Weltbank sieht mittlerweile die negativen Auswirkungen ihrer Strukturanpassungsprogramme für die Armen. Da jedoch das Unterlassen von Anpassungsprogrammen langfristig auf jeden Fall auf Kosten der Armen ginge, so die Weltbank, müsse versucht werden, den Preis so gering wie möglich zu halten.

Für den Bereich der Gesundheitspolitik ließen sich dafür einige Minimalforderungen aufstellen:

- \* Ausreichende Ernährung für Alle; wenn nötig Ernährungsprogramme mit einheimischen Nahrungsmitteln für die Ärmsten der Armen
- \* Verzicht auf kostenträchtige Krankenhausprojekte in großen Städten
- \* Ausbau der Basisgesundheitszentren
- \* Sicherstellen der Versorgung mit Unentbehrlichen Arzneimitteln.GH

#### Anmerkungen

- (1) BUKO-Presseerklärung vom 20.9.89; (2) s.u.a.: Susan George, Sie sterben an unserem Geld, Reinbek 1988; BUKO-Materialien, Elende Schuld-Unverschuldetes Elend, Hamburg 1987; Gegen IMF und Weltbank-Beiträge vom Internationalen Gegenkongreß, Köln 1989; Soll Und Haben - Strategien und Alternativen zur Lösung der Schuldenkrise, Hamburg 1988; (3) taz vom 30.9.89; (4) Umweltschutz und Schuldenabbau-Tauschhandel mit dem Tropenwald, BUKO-Diskussionshilfe, 12 S., 1989; (5) Die Strukturanpassungspolitik von IMF und Weltbank: Ist eine Neubewertung erforderlich? epd-Materialien III/89; (6) Roger Peltzer in: taz v. 23.9.89; (7) Leo Locher "Schuldenberg und Pillenflut", unveröffentl. Manuskript, Frankfurt 1988; (8) FR v. 13.1.89

## APOTHEKERTAG

Vom 12.-14. Oktober fand in Berlin der Deutsche Apothekertag statt. Der neugegründete "Verein Demokratischer Pharmazeutinnen und Pharmazeuten" (VDPP) stellte zwei Anträge zum Thema **Arzneimittel und 3. Welt**. Diese sind in allerdings abgeschwächter Form vom Deutschen Apothekertag angenommen worden:

#### 1. Antrag:

##### Verabschiedete Fassung

Die Hauptversammlung lehnt die unkritische Sammlung von Fertigarzneimitteln für Länder der sogenannten Dritten Welt grundsätzlich ab.

#### 2. Antrag

##### Verabschiedete Fassung

Die Hauptversammlung fordert die Pharmazeutische Industrie auf, den Export von Arzneistoffen, die in der BRD nicht in den Verkehr gebracht werden dürfen, zu unterlassen. Pharmazeutische Unternehmen, die Tochterunternehmen in den Ländern der sog. Dritten Welt besitzen, werden aufgefordert, den Tochterunternehmen die Produktion und den Vertrieb von Arzneistoffen, die in der BRD nicht in den Verkehr gebracht werden dürfen, zu untersagen.

Arzneistoffe, die der rationalen und sinnvollen Therapie von Tropenkrankheiten dienen, sind von dieser Forderung ausgenommen.

## Über 500 Tage Intifada

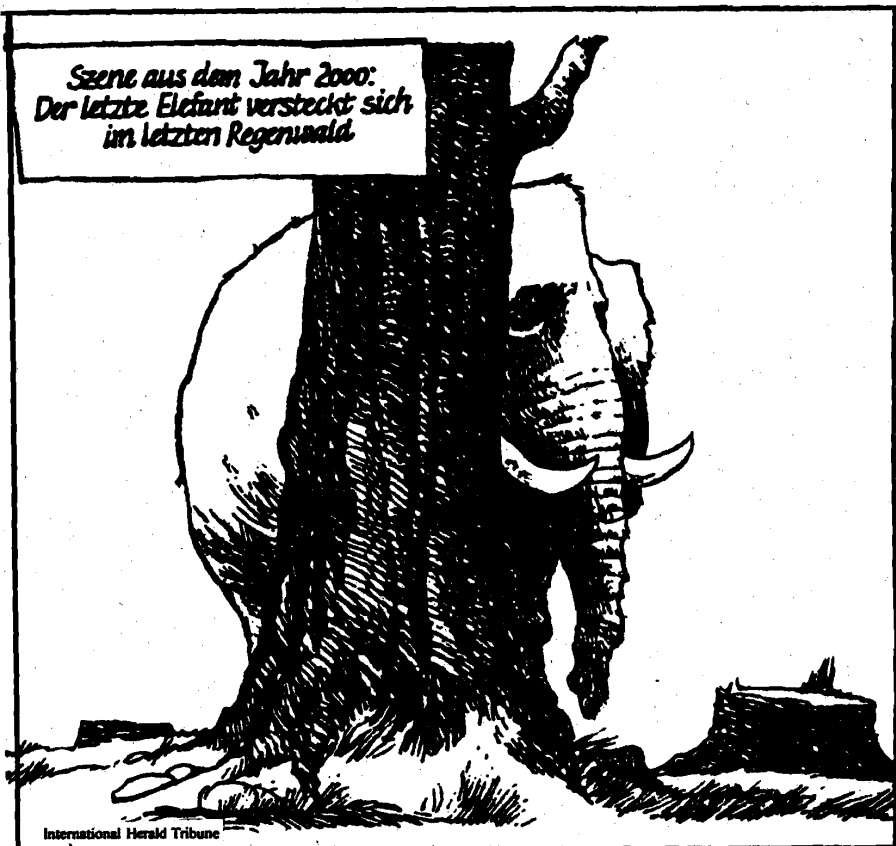
Die Machthabenden Israels reden von den Machtlosen weiter wie von einem physikalischen Werkstoff, zerbrechen & zerreiben, infiltrieren & aufspalten.

So spricht man nur von anderen, wenn man sie in ihren Rechten & in ihrer menschlichen Existenz gänzlich verleugnet - oder von Anfang an tötet. Der scharfe Gewehrschuß, sagt die Armee, gilt ab sofort jedem Kind, dessen Haupt in das traditionelle Kopftuch eingebunden ist. - Ein Verbrechen entwickelt sich. Aber die Schuld trifft auch alle, die beiseite stehen und schweigen. WIR SOLLTEN DAHER ENDGÜLTIG & UNÜBERHORBAR LAUT DIE PALÄSTINENSISCHEN RECHTE EINKLAGEN.

Wir sollten mit medizinischer Soforthilfe einen Beitrag leisten: den Palästinensern steht nicht ein einziges israelisches Hospital zur Verfügung, wohl aber andauernd der Tod.



6000 Frankfurt/M. 1  
Tel.: 069/4990041



#### Impressum

Dieser Pharma-Brief wird kostenlos nur an antitropenmedizinische Gruppen abgegeben (Spender sind ausdrücklich beehrt). Mehreren Exemplare zur freien Verfügung.

Verantwortlich: BUKO Pharma-Kollegium,  
Aug.-Pöbel-Str. 66, D-6000 Stuttgart 1,  
Tel.: 0714/60550